

Broschüre zur Programmkonferenz des Linken Parteiflügels

„... können wir nur selber tun!“

Krise des Kapitalismus und die
gesellschaftliche Perspektive der Linken

07. Februar 2026, Hannover

Die Linke

1. Auflage 2026

Broschüre zur Programmkonferenz am 07.02.2026 in Hannover

V.i.S.d.P. Lukas Hof, Die Linke Frankfurt am Main, Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt am Main

Kontakt: linkeprogrammkonferenz@posteo.de schreiben

VORWORT

Die Programmkonferenz am 7. Februar 2026 in Hannover fand in einer Phase statt, in der sich die Krise des Kapitalismus zuspitzt: massive Aufrüstung, zunehmende internationale Spannungen, soziale Verwerfungen und ein spürbarer Rechtsruck prägen die gesellschaftliche Lage. Gleichzeitig wachsen neue Potenziale für linke Politik in sozialen Auseinandersetzungen, in gewerkschaftlichen Kämpfen und in der Friedensbewegung. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Linke, diese Entwicklungen zu bündeln und in eine klare programmatische Orientierung zu übersetzen.

Vor diesem Hintergrund kamen über 150 Genossinnen und Genossen aus unterschiedlichen Zusammenhängen zusammen, um zentrale Fragen der Programmdebatte zu diskutieren. Eingeladen hatten die AG Betrieb und Gewerkschaft, AG Cuba sí, AG Frieden und Internationale Politik, die Kommunistische Plattform, die Sozialistische Linke sowie Einzelpersonen; die Antikapitalistische Linke unterstützte die Konferenz. Bereits zu Beginn setzte der Beitrag von Miguel Torres, stellvertretender Botschafter Kubas, einen wichtigen politischen Akzent: Er machte die globale Dimension der aktuellen Konfliktlage deutlich, verwies auf die anhaltenden Aggressionen gegen Kuba und Venezuela und betonte die Notwendigkeit internationaler Solidarität.

Die Beiträge und Diskussionen machten deutlich, dass es nicht um die bloße Verteidigung bestehender Positionen gehen kann. Im Zentrum stand die Frage, wie eine sozialistische Perspektive unter Bedingungen wachsender Militarisierung, verschärfter Konkurrenz zwischen den Machtblöcken und zunehmender sozialer Ungleichheit weiterentwickelt werden kann. Frieden, Internationalismus und Klassenpolitik wurden dabei konsequent zusammengedacht. Die Debatten waren geprägt von einer konzentrierten, streitbaren und zugleich solidarischen Atmosphäre, in der gemeinsame analytische Linien und politische Schlussfolgerungen entwickelt wurden.

Die Arbeitsgruppen vertieften diese Linien und machten zugleich Differenzen sichtbar, etwa im Verständnis von Antimperialismus und Pazifismus, im Umgang mit rechten Ideologien oder in der Einschätzung der Rolle der Partei. Gerade diese kontroversen Auseinandersetzungen erwiesen sich als Stärke, weil sie politische Klärung ermöglichten und eine Grundlage für weitergehende Verständigung schufen. Zugleich blieb es nicht bei der Analyse: Die Konferenz zeigte, dass daraus konkrete Initiativen und gemeinsame Perspektiven für die Programmdiskussion entstehen können.

Die vorliegende Broschüre dokumentiert zentrale Beiträge und Diskussions-ergebnisse der Konferenz. Sie versteht sich als Beitrag zur laufenden Programmdiskussion und als Einladung, die begonnenen Debatten fortzuführen.

Thorben Peters

INHALTSVERZEICHNIS

Abschlusserklärung	7
Auftakt	10
Internationalismus und der Kampf für den Frieden	
<i>Miguel Torres Tesoro (stv. Botschafter der Republik Kuba)</i>	11
Arbeitsgruppe 1	
Antiimperialismus und Pazifismus heute	15
a. Zur Aktualität des Völkerrechts	
<i>Gabi Bieberstein (BAG Frieden und internationale Politik)</i>	16
b. Über die Russophobie als Kern der ideologischen Kriegsvorbereitung	
<i>Margit Glasow (Mitglied im Parteivorstand und in der KPF)</i>	19
Arbeitsgruppe 2	
Assoziierung, Aufklärung und Emanzipation gegen den Kulturkampf von Rechts	26
a. Was Die Linke vom Kampf um den 8. Mai als Feiertag der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg für einen wirksamen Antifaschismus lernen kann	
<i>Artur Brückmann (LAG Antifa/Gegen Rechts Die Linke Hamburg)</i>	27
b. Kulturkampf von Links	
<i>Frederick Heinz (Die Linke.SDS)</i>	32
c. Antifaschismus und Frieden	
<i>Artur Pech (Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg, ehem. Mitglied im Ältestenrat & im Bundesausschuß)</i>	36
Arbeitsgruppe 3	
Die soziale Frage und kein Ende der Geschichte	40
a. In welchem Kapitalismus leben wir?	
<i>Yusuf Karaaslan (SL)</i>	41
Abschlussplenum	
Der Kampf um die programmatischen Positionen der Linken	46
a. Soziale Frage und Klassenpolitik - für Umverteilung und gesellschaftliche Verfügung	
<i>Ulrike Eifler (BAG Betrieb und Gewerkschaft)</i>	47
b. „... können wir nur selber tun!“ Fünf Thesen für einen offensiven linken Parteiflügel	
<i>Kristian Glaser (Hamburg)</i>	50
c. Programmdebatte im Friedenskampf	
<i>Artur Pech (Kommunistische Plattform)</i>	55

ABSCHLUSSERKLÄRUNG

An der ersten Stelle steht der Kampf für den Frieden

Über 150 Genossinnen und Genossen aus zahlreichen Bundesländern waren am 7. Februar 2026 der Einladung zu einer linken Programmkonferenz von AG Betrieb und Gewerkschaft, AG Cuba sí, AG Frieden und Internationale Politik, Kommunistischer Plattform, Sozialistischer Linke und Einzelpersonen gefolgt. Die Antikapitalistische Linke unterstützte die Konferenz.

Zu Beginn der Konferenz wurde Miguel Torres mit langanhaltendem Applaus begrüßt. Der stellvertretende Botschafter Kubas kritisierte in seinem Einleitungsreferat scharf die Aggressionen der US-Regierung gegen Venezuela und Kuba, und versicherte, dass die Bevölkerung des sozialistischen Inselstaates und ihre Regierung trotz der verschärften Lage durch die zusätzliche Energieblockade nicht nachlassen werden, für ihre Würde, ihre Souveränität und für universelle Humanität zu kämpfen. Die krisenhafte gesellschaftliche Lage des Kapitalismus sei davon geprägt, dass das „alte stirbt und das neue kann nicht geboren werden“ (Gramsci). Torres rief den Zuhörerinnen und Zuhörern zu: „Die weltweite Linke ist die Alternative zu Ausbeutung und Krieg!“

Wichtige Diskussionen der Konferenz waren:

1. Zentral ist der Kampf für den Frieden. Die friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter Parteiprogramms müssen verteidigt werden. Angesichts aktueller imperialistischer Aggressionen sollten die internationalistischen Positionen gestärkt werden. Regierungsbeteiligung führte unweigerlich zur Akzeptanz der Nato und auch der EU-Militarisierung – und ist daher abzulehnen.

2. Untrennbar damit verbunden ist der Kampf gegen die AfD. Wir wenden uns gegen Russenfeindlichkeit und andere rassistische Ideologien, die nur der Spaltung und Aufhetzung der Bevölkerung dienen. Es gilt Max Horkheimers Wort: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Die Partei sollte breite Bündnisse gegen rechts initiieren und unterstützen, die getragen sind u. a. von Geschichtsbewußtsein, Antimilitarismus, der vollständigen Wiederherstellung des Asylrechts und gleichen sozialen Rechten für alle Menschen.
3. Durch die Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben darf sich die Seite der Arbeit nicht erpressen noch spalten lassen. Die Partei sollte sich die Entwicklung von Solidarität und Klassenbewußtsein unter den Beschäftigten mehr zur Aufgabe machen. Daher ist es wichtig, dass die Linke programmatische Positionen zum Sozialismus bekräftigt.
4. Abschließend wurde zur Teilnahme an der Friedenskonferenz der Linken am 25. April 2026 in Rostock und am Bundesparteitag vom 19. bis 21. Juni 2026 in Potsdam aufgerufen. Initiativen von links sind wichtig, damit die Programmdebatte auch in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden geführt wird.

Die Programmkonferenz in Hannover fand auf hohem Niveau und unter reger Beteiligung statt. Die Resonanz ist sehr gut. Damit war die Konferenz ein wichtiger Schritt zur Stärkung linker Positionen in der Programmdebatte und der Partei.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Beteiligten!

3. März 2026

Ariane Alba Marquez (Mitglied im SprecherInnenrat von Cuba sí)

Jürgen Bachmann(Mitglied des Landesvorstands Hessen, Mitglied im Koordinierungskreis der BAG Frieden und internationale Politik)

Gabi Bieberstein (BAG Frieden und internationale Politik, Antikapitalistische Linke)

Ulrike Eifler

Kristian Glaser (Hamburg)

Margit Glasow (Mitglied des Parteivorstands und der Kommunistischen Plattform)

Lukas Hof (DieLinke.SDS)

Nick Papak Amoozegar (Mitglied SprecherInnenrat Cuba sí)

Artur Pech (Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg, ehem. Mitglied im Ältestenrat & im Bundesausschuß)

Thorben Peters (Niedersachsen)

Naisan Raji (Mitglied des Parteivorstands & des BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken)

Domenica Winkler (Mitglied im Koordinierungskreis der BAG Frieden und internationale Politik)

AUFTAKT

„Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche.“
(Ernesto Che Guevara)

Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg – er ist eine aktive, solidarische Praxis zwischen den Völkern. Gleichsam gilt: Ohne Frieden ist alles nichts. Mit dem Beitrag von Juana Martínez González (Botschafterin der Republik Kuba), wird der Auftakt bewusst global ausgerichtet. Kuba ist der lebendige Beweis, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte darstellt: Gerade deshalb ist es härtesten

Angriffen des US-Imperialismus ausgesetzt. Kuba steht für den Aufbruch der Menschen(nicht nur) im globalen Süden gegen Ausbeutung, Neo-Kolonialismus und für die Verwirklichung der UN-Charta. Wir sollten bewusster Teil dieses Aufbruchs sein.

Internationalismus und der Kampf für den Frieden

*Einführungsreferat von Miguel Torres Tesoro
(stv. Botschafter der Republik Kuba)*

Zunächst einmal übermittle ich Ihnen herzliche Grüße von der kubanischen Botschafterin, Juana Martínez González. Sie hätte gerne mit Ihnen allen hier über die wichtigen Themen gesprochen, die wir heute diskutieren werden. Aufgrund anderer Verpflichtungen, die sie nicht delegieren konnte, ist sie jedoch verhindert. Dennoch ist sie über diese Veranstaltung informiert und weiß um die Bedeutung, die die Verteidigung des Friedens und der Einheit unter den linken Kräften heute hat.

Wie unser Präsident Miguel Díaz Canel gestern sagte, und ich zitiere: „Wir alle müssen uns zusammenschließen, um diese imperialistische Offensive anzu-prangern, Antworten zu finden und sie zu bekämpfen.“

Wir danken den Organisatoren und Initiatoren dieser Konferenz für die Einladung zu dieser Debatte. In den Zeiten, in denen wir leben, können nur die Linkenkräfte eine echte und tragfähige Alternative bieten. Wir stehen vor der Herausforderung, auf die Versuche zu reagieren, den Frieden und die bestehende Weltordnung zu zerstören, die zwar unvollkommen ist, aber dennoch der Barbarei vorzuziehen ist, die uns aufgezwungen werden soll.

„Die Krise besteht gerade darin, dass das Alte stirbt und das Neue noch nicht geboren ist; in dieser Zwischenzeit treten eine Vielzahl von krankhaften Symptomen auf“, schrieb Antonio Gramsci vor mehr als 90 Jahren. Die Geschichte hat die Eigenart, sich immer wieder zu wiederholen. Heute stehen wir vor einer neuen Absurdität. Ein Imperium, das die Geschichte und die Menschheit zurück zur Kanonenschiffdiplomatie, zum Recht des Stärkeren, führen will.

Es reichte ihm nicht, einen souveränen und unabhängigen Staat ohne legitime, rechtliche oder moralische Rechtfertigung anzugreifen. Es reichte ihm nicht, einen amtierenden Präsidenten eines souveränen Staates zu entführen. Es reicht ihm nicht, Gaza in ein „Paradies“ ohne Palästinenser verwandeln zu wollen. Es reicht ihnen nicht, die Vereinten Nationen privatisieren zu wollen. Jetzt ist das Ziel ein kleines Land im globalen Süden. Ein Land ohne viele natürliche Ressourcen, ein friedliches, solidarisches und kooperatives Land, das bereit ist, anderen Staaten zu helfen und einen Beitrag zu leisten.

Das einzige „Verbrechen“ dieses kleinen Landes besteht darin, unabhängig zu sein, eine andere, alternative Stimme in der Welt zu sein. Wir sind ein schlechtes Beispiel für den imperialistischen und gierigen Kapitalismus.

Die am 29. Januar 2026 verkündete Anordnung des US-Präsidenten versucht durch Erpressung, Drohungen und direkte Nötigung gegenüber Drittländern zusätzlichen Druck auf die wirtschaftlichen Strangulierungsmaßnahmen auszuüben, die seit Trumps erster Amtszeit angeordnet wurden, um die Einfuhr von Kraftstoffen in unser Land zu verhindern. Sie festigt eine gefährliche Art und Weise, die Außenpolitik der Vereinigten Staaten mit Gewalt zu betreiben und ihre Ambitionen zur Sicherung ihrer imperialistischen Hegemonie durchzusetzen.

Die Anordnung des Präsidenten der Vereinigten Staaten stellt daher einen flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht dar und verstößt darüber hinaus gegen die Proklamation Lateinamerikas und der Karibik als Friedenszone. Sie bestätigt, dass es die Regierung dieses Landes ist, die die Sicherheit, Stabilität und den Frieden in der Region und in der Welt gefährdet.

Kuba bedroht oder greift kein Land an. Es ist nicht Gegenstand von Sanktionen seitens der internationalen Gemeinschaft. Es ist ein friedliches, solidarisches und kooperatives Land, das bereit ist, anderen

Staaten zu helfen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Kuba beherbergt keine ausländischen Militär- oder Geheimdienststützpunkte und weist die Erklärung als Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten zurück. Es hat auch keine feindseligen Aktivitäten gegen dieses Land unterstützt und wird nicht zulassen, dass unser Territorium gegen eine andere Nation genutzt wird. Kuba erklärt kategorisch, dass es keine terroristischen oder extremistischen Organisationen beherbergt, unterstützt, finanziert oder zulässt. Unser Land verfolgt eine Null-Toleranz-Politik gegenüber der Finanzierung von Terrorismus und Geldwäsche und setzt sich im Einklang mit internationalen Standards für die Prävention, Aufdeckung und Bekämpfung illegaler Finanzaktivitäten ein.

Im Gegenteil, Kuba arbeitet mit vielen Ländern und internationalen Organisationen bei der Bekämpfung dieser internationalen Übel zusammen. Die positiven Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind für alle sichtbar. Darüber hinaus schlägt Kuba vor, die technische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in Bereichen wie Terrorismusbekämpfung, Verhinderung von Geldwäsche, Bekämpfung des Drogenhandels, Cybersicherheit, Menschenhandel und Finanzkriminalität zu erneuern, und wird seinen Rechtsrahmen zur Unterstützung dieser Bemühungen weiter stärken, da es sich bewusst ist, dass Fortschritte in diesen Bereichen erzielt werden konnten, wenn der Wille der Parteien vorhanden war.

Das kubanische und das US-amerikanische Volk profitieren von konstruktivem Engagement, gesetzeskonformer Zusammenarbeit und friedlicher Koexistenz. Kuba ist zu einem Dialog mit den Vereinigten Staaten über alle Themen bereit, die diskutiert oder erörtert werden sollen. Wir bitten lediglich darum, dass dieser Dialog ohne Druck und ohne Vorbedingungen stattfindet, auf Augenhöhe und unter Achtung unserer Souveränität, unserer Unabhängigkeit und unserer Selbstbestimmung, ohne Themen anzusprechen, die verletzend sind und die wir als Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten verstehen

könnten. Wir sind uns sicher, dass aus einem solchen Dialog eine zivilisierte Nachbarschaftsbeziehung entstehen kann, die unseren Völkern, den Völkern beider Nationen, gegenseitig zugute kommen könnte.

Die internationale Gemeinschaft steht vor der unausweichlichen Herausforderung, zu entscheiden, ob ein Verbrechen dieser Art ein Vorbote dessen ist, was noch kommen wird, oder ob Vernunft, Solidarität und die Ablehnung von Aggression, Straflosigkeit und Missbrauch die Oberhand behalten werden.

Kuba lässt sich trotz der aktuellen Lage nicht aufhalten. Wir werden dem neuen Angriff mit Entschlossenheit, Gelassenheit und der Gewissheit begegnen, dass das Recht ganz auf unserer Seite ist.

ARBEITSGRUPPE 1

Antiimperialismus und Pazifismus heute

„Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis, die Heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Mißtrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit.“
(Heinrich Heine, 1832)

Frieden bedeutet mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg, denn Militarismus tötet auch ohne heißen Krieg durch die Vernichtung von Ressourcen, die für Medikamente, Bücher, Infrastruktur und Lebensmittel gebraucht werden. Frieden gründet auf Völkerfreundschaft, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit.

Die Arbeitsgruppe diskutiert, was analytisch, programmatisch und praktisch erforderlich ist, um den stärker werdenden Militarismus zu verstehen, ihn zentral anzugreifen und zu überwinden und was die Aufgabe der Linken im NATO- und EU-Staat BRD mit der Geschichte von Faschismus und zwei Weltkriegen aus internationalistischer Perspektive ist, um das Gewaltverbot der UN-Charta Wirklichkeit werden zu lassen.

*Diskutant*innen:*

Özlem Alev Demirel (MdEP), Ellen Brombacher (Kommunistische Plattform), Gabi Bieberstein (BAG Frieden und internationale Politik)

Zur Aktualität des Völkerrechts

Gabi Bieberstein (BAG Frieden und internationale Politik)

1. Erhalt der Friedenspositionen des Erfurter Programms

Für uns als linke Linke ist es sehr wichtig, für die Friedenspositionen des Erfurter Programms zu kämpfen so z. B. für Kernsätze wie die folgenden:

- „DIE LINKE setzt [...] auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes Verbot von Rüstungsexporten und den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale.“
- „DIE LINKE steht gegen die Militarisierung der EU.“

2. In welchen Bereichen des Programms ist ein Update sinnvoll?

a. Völkerrecht

Wir verstehen uns seit jeher als Partei des Völkerrechts. Angesichts massiver Völkerrechtsbrüche – ganz besonders in der letzten Zeit – sagen viele Menschen, das Völkerrecht sei unbedeutend geworden. Nein im Gegenteil. Jetzt müssen wir noch intensiver für die Verwirklichung der Menschenrechte und des Völkerrechts kämpfen. Erst wenn alle meinen, dass Völkerrecht sei unbedeutend, dann verliert es wirklich seine Bedeutung. Das dürfen wir nicht zulassen. Denn "Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit." Für das Völkerrecht müssen wir – die Zivilbevölkerung – auf die Straße gehen. So z. B. zum Aktionstag am 14. Februar [Anm. d. Red. gemeint ist der Bundesweite Aktionstag: Für die Verwirklichung der UN-Charta und das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Gegen den Staatsterrorismus der USA] Das Völkerrecht gilt laut Grundgesetz unmittelbar für die deutsche Bundesregierung wie auch für alle Bürger:innen Deutschlands. Und wir müssen mehr

über das Völkerrecht informieren. Sowohl bei Demos, bei Infoständen wie auch durch gute Beschlüsse und mehr ansprechende Materialien.

b. Palästina Israel

In der Friedenspolitik ist unsere Partei nicht immer konsequent. So z.B. beim Thema Palästina. Zwei Beispiele dazu:

1. Erst zwei Jahre nach Beginn des Genozids in Gaza hat unsere Partei im letzten September zu einer Demo aufgerufen. Diese Demo war sehr gelungen. Aber sie hätte sehr viel früher stattfinden sollen.
2. Auch ist unser Grundsatzbeschluss zu Palästina Israel auf dem Parteitag in Halle 2024 analytisch z. T. unklar und sogar falsch. In Bezug auf das Völkerrecht ist er in mehrerer Hinsicht zwiespältig. Zwar betont der Parteitagsbeschluss, dass die israelische Besatzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems laut einem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen das Völkerrecht verstößt und dass Israel verpflichtet ist, die Besatzung „so schnell wie möglich“ zu beenden. Andererseits heißt es in unserem Beschluss: „In einer zukünftigen Zweistaatenlösung müssen beide Staaten bereit und in der Lage sein, Frieden und Sicherheit auch für die Menschen im jeweils anderen Staat umzusetzen.“ Das widerspricht jedoch dem Gutachten Denn die Palästinenser haben ein Recht auf einen palästinensischen Staat und das ohne Vorbedingungen.

c. Entschieden gegen Repression – auch in Deutschland

Wir wenden uns entschieden gegen die zunehmende Repression. Menschen die sich für Frieden einsetzen sind häufig Repression ausgesetzt – auch in Deutschland.

1. Das betrifft zurzeit ganz besonders Menschen, die gegen den Genozid in Gaza aktiv sind. Besonders erschreckend ist, dass wir diese Repression auch in unserer Partei erleben. So den Parteiausschluss von Ramsis Kilani.
2. Betroffen von massiver Repression durch die EU sind neuerdings Journalisten und Publizisten z. B. Jacques Baud und Hüseyin Dogru. Ihnen wird russische Desinformation vorgeworfen und sie werden ohne Gerichtsverfahren sanktioniert. Diese Sanktionen bedeuten:
 - Sie dürfen nicht arbeiten.
 - Sie dürfen das Land nicht verlassen.
 - Ihre Bankkonten werden gesperrt.
 - Jeder der ihnen Geld oder Sachgüter gibt, macht sich strafbar und wird mit mehreren Jahren Gefängnis bedroht.

Diese Sanktionen sind mit den Menschenrechten sowie den Prinzipien eines Rechtsstaats nicht vereinbar. Schockierend ist die Billigung von EU-Sanktionen durch die europapolitische Sprecherin unserer Bundestagsfraktion, Janina Böttger. Sie sagte: „Russische Desinformation ist ein massives Problem, die bisherigen Sanktionen gegen von Russland finanzierte und gestützte Propagandisten in der EU sind Instrumente einer wehrhaften und handlungsfähigen Demokratie.“

d. Kolonialismus

Der Begriff Kolonialismus kommt im Erfurter Programm nicht vor. Und das obwohl Kolonialismus keine abgeschlossene Geschichte ist, sondern bis heute wirkt. Er wirkt in Europa fort in Form eines weit verbreiteten Rassismus gegenüber Menschen des globalen Südens sowie in der eurozentristischen Sicht, die auch heutzutage in Deutschland noch Mainstream ist. Und er wirkt in den Ländern des globalen Südens fort. So durch ungerechte Handelsbeziehungen.

Viele krasse Ungleichheiten sind eine Folge des Kolonialismus. Der Völkermord in Namibia z. B. führte dazu, dass heute 70 Prozent des privaten Farmlandes in Namibia weißen Menschen gehört, viele davon deutschsprachig, Deutschland hat bislang in keiner Weise Verantwortung für koloniales Unrecht übernommen auch nicht für den Völkermord in Namibia.

Über die Russophobie als Kern der ideologischen Kriegsvorbereitung

Margit Glasow (Mitglied im Parteivorstand und in der KPF)

In der laufenden Debatte wird die Auseinandersetzung darüber, was heute linke Außenpolitik ist, einen entscheidenden Platz einnehmen. Untrennbar damit verbunden sind aus Sicht der Kommunistischen Plattform (KPF) zwei Fragen: Wie wir die Rolle der EU sehen und was wir unter dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung verstehen. Die Antworten, die wir uns zu diesen Fragen erarbeiten, werden entscheidend dafür sein, ob wir eine sozialistische Partei bleiben oder ob wir im Sumpf des bürgerlichen Bellizismus versinken. In Anbetracht der kurzen Zeit möchte ich mich heute auf eine Frage beschränken: Gibt es Gründe, denen - zum Beispiel Pistorius - Glauben zu schenken, die behaupten, Russland würde auch NATO-Territorium angreifen, wenn sie den Ukrainekrieg für sich entscheidet?

Die KPF hat seit dem 22. Februar 2022 den Krieg in der Ukraine stets als völkerrechtswidrig bezeichnet, war aber zu keinem Moment bereit, darauf zu verzichten, über die Vorgeschichte des Krieges zu reden, so über die NATO-Osterweiterung. Und wir haben stets an die ungeheuren Opfer erinnert, die der Vernichtungskrieg der deutschen Faschisten gegen die Sowjetunion brachte. Dieses Trauma prägt russische Sicherheitsinteressen über Generationen - bis heute. An-

gesichts von 27 Millionen toter Sowjetbürger, davon 10 Millionen toter Soldaten der Roten Armee haben wir - wie ich meine - eine besondere Verantwortung gegenüber Russland. Und diese Verantwortung beinhaltet auch, sich mit der Geschichte tiefgründig auseinanderzusetzen, wenn wir die richtigen Schlussfolgerungen ziehen wollen. Denn welches Interesse sollte Russland haben, Deutschland zu überfallen? Dafür ist man bisher jeden Beweis schuldig geblieben. Weil Deutschland einen erklärten Feind braucht, um die nie gekannte Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens hierzulande und in der EU zu rechtfertigen? Weil die Russophobie ideologischer Kern der Kriegsvorbereitung ist?

Das, was wir gegenwärtig erleben, hat in Deutschland eine weit über hundert Jahre andauernde Tradition. Der ideologische Wahn, den wir von morgens bis abends erleben, kommt nicht durch den Ukraine-Krieg, so schrecklich es ist, dass es ihn gibt.

»Bereits der Erste Weltkrieg hat seine Wurzeln in der deutschen Russophobie, nicht dessentwegen, was Russland tat, sondern dessentwegen, was Russland in Zukunft tun könnte, wenn man es jetzt nicht angreift.« Das sagte kürzlich Jeffrey Sachs, US-Wirtschaftswissenschaftler und politischer Analyst in einer Ausgabe des Podcasts Duran, in dem er einen historischen Rückblick auf die Geschichte der europäischen und US-amerikanischen Russophobie gab. Europa fahre einen suizidalen Kurs, provoziere eine »möglichst große Kriegsgefahr mit Russland«, statt zu versuchen zu verstehen, was passiert sei.

Hans-Dietrich Genscher, bundesdeutscher Außenminister, sagte in seiner Rede »Zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen« am 31.01.1990 in der Evangelischen Akademie Tutzing: »Sache der NATO ist es, eindeutig zu erklären: Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenze der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Diese Sicherheitsgarantien sind für die Sowjetunion und ihr

Verhalten bedeutsam. Der Westen muss auch der Einsicht Rechnung tragen, dass der Wandel in Osteuropa und der deutsche Wiedervereinigungsprozess nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen darf.«

Doch die alte BRD hat auf das Feindbild Russland nie wirklich verzichtet. Der Helsinki-Prozess und die Gorbatschow-Zeit haben es lediglich in den Hintergrund treten lassen. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die größte Errungenschaft des sozialistischen Systems - die DDR eingeschlossen - sicherlich darin bestand, dass es auf Frieden setzte, nicht auf Krieg. Dieses Argument wird - trotz aller Unvollkommenheiten - leider auch innerhalb der Partei DIE LINKE viel zu wenig genutzt. Denn solange der europäische Sozialismus existierte, war er eine starke Bastion gegen die kriegstreibenden Kräfte in der NATO. Jetzt wird der Krieg Russlands gegen die Ukraine, dessen Vorgeschichte wohlkalkuliert verschwiegen wird, für die neue Bedrohungslüge instrumentalisiert. Sie lautet: Russland wird die NATO angreifen. Deshalb müssen wir uns verteidigen. So sollen wir kriegstüchtig gemacht werden.

Ein zwischenimperialistischer Krieg?

Befragt dazu, ob es sich beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine um einen zwischenimperialistischen Krieg handele, antwortete Alexander Charlamenko, ein in Moskau lebender Politologe und Historiker, dass sich wohl für viele offensichtlich eine Analogie zu imperialistischen Kriegen der Vergangenheit aufdränge, »als würde es sich bei der Rivalität zwischen den USA und Russland oder zwischen den USA und China unverändert um einen bloßen Kampf zwischen imperialistischen Großmächten um Territorien, Kapitalexport, Zugriff auf Rohstoffressourcen, Einflussphären in der Welt handeln. Seiner Meinung habe sich aber der heutige Imperialismus aus einer Vielzahl gegeneinander kämpfender Einzelmächte und unter dem Einfluss der weltweiten Konfrontation zwischen Kapi-

talismus und Sozialismus im 20. Jahrhundert längst in ein weltumspannendes hierarchisches System verwandelt. In diesem System agieren die USA nicht einfach als Einzelstaat oder Supermacht, sondern als Residenz,

»Hauptquartier« und, im Verbund mit der NATO, militärische Stoßtruppe des global herrschenden transnationalen Kapitals mit all seinen Fraktionen. Das gesamte Potential dieses »Hauptquartiers« und die Dimensionen seines Zugriffs auf die Welt ließe sich überhaupt nicht adäquat messen und erfassen.« (Eine reale fortschrittliche Alternative ist nicht in Sicht, Alexander Charlamenko im Interview, Mitteilungen der KPF 9 / 2025)

Für Charlamenko stellen Versuche, den feindseligen Konfrontationskurs des global organisierten Imperialismus gegen unbotmäßige Staaten zurückzuweisen bzw. Gegenschläge auszuteilen, Versuche dieser Regimes dar, in feindlicher Bedrängnis zu überleben, nicht aber Expansionsbestrebungen nach dem Vorbild Hitlers oder gar Napoleons. Doch würden sie nicht die geringste Chance besitzen, dabei irgendwelche ernsthaften Erfolge im Sinne einer »weltweiten Hegemonie«, ja auch nur regionaler Hegemonie zu erzielen. Ihre Absichten trügen einen gänzlich anderen Charakter und seien nicht vergleichbar mit den globalen Hegemonialansprüchen des US- und NATO-Imperialismus. Im Grunde handele es sich um einen Abwehrkampf gegen diesen.

Brutaler sozialer Kahlschlag

Angesichts einer Aufrüstung ungekannten Ausmaßes und einer angespannten wirtschaftlichen Lage war es vorhersehbar, dass Sozialleistungen in Größenordnungen abgebaut werden sollten. Und genau das passiert: Kürzungen beim Bürgergeld und bei der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Einfrieren der Regelsätze der neuen Grundsicherung trotz gestiegener Lebenshaltungskosten, steigende Obdach- und Wohnungslosigkeit, Einsparungen in der Bildungspolitik, wach-

sende Kinder- und Altersarmut, Einschnitte in der gesetzlichen Krankenversicherung. Lühr Henken, Co-Sprecher vom Bundesausschuss Friedensratschlag, spricht in diesem Zusammenhang von »einem brutalen sozialen Kahlschlag.« Die Folge wäre Massenverelendung. (Henken, KPF-Mitteilungen 2/2026)

Seit 2014, so analysiert Henken, wachsen die deutschen Militärausgaben - von damals knapp 35 Milliarden auf etwa 95 Milliarden im vergangenen Jahr. Bis 2035 werden sich werden sich die Militärausgaben mehr als verdreifacht haben. (Henken, KPF-Mitteilungen 2/2026) Kanzler Merz schlägt großdeutsche Töne an und posaunt lauthals, er wolle die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas ausbauen und Deutschland solle in der EU die Führung übernehmen. Deshalb: Wenn wir gewährleisten wollen, dass die friedenspolitischen Grundsätze bewahrt bleiben, müssen wir den Kampf gegen diese Propagandalüge und die damit untrennbar verbundene Russophobie führen. Und wir müssen ohne Wenn und Aber vor dem Wiedererstarben des deutschen Militarismus warnen.

Wo sich die Geister scheiden

Wer sich noch einmal zusammengefasst mit den friedenspolitischen Grundsätzen, die im geltenden Programm von 2011 festgeschrieben sind, befassen möchte, dem empfehle ich das Papier der KPF vom 1. September 2025 »Programmatische Erfordernisse im Kampf um den Weltfrieden«. Vielleicht werdet Ihr die Auffassung teilen, dass wir eigentlich kein neues Programm gebraucht hätten. Der friedenspolitische Teil ist unverändert aktuell.

Dennoch gibt es die Programmdebatte mit der Begründung, die Welt habe sich seit der Beschlussfassung über das geltende Programm im Jahr 2011 entscheidend verändert. Ich möchte abschließend auf zwei Aspekte eingehen, die aus Sicht der KPF in dieser Debatte entscheidend sein werden. Da ist zum einen die Frage der NATO-Verharmlo-

sung. Wer bereit und bestrebt ist mitzuregieren – und darum geht es bestimmten Teilen in unserer Partei offensichtlich – hat ein Interesse daran, dass die geltenden friedenspolitischen Grundsätze aus der Programmatik der Linken verschwinden. Denn diese Grundsätze sind mit der Staatsräson der BRD nicht in Übereinstimmung zu bringen. Ohne Akzeptanz der aus der NATO-Mitgliedschaft resultierenden Bündnisverpflichtungen, ohne Akzeptanz der Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft gibt es keine Beteiligung an einer Bundesregierung.

Nicht wenige Stimme in der Partei – vornehmlich aus dem Netzwerk Progressive Linke (NpL/FDS) - behaupten, dass die massive Militarisierung in Deutschland nicht der Kriegsvorbereitung diene, sondern Verteidigungszwecke erfülle, und damit die Kriegsvorbereitungen faktisch leugnen. Auch gibt es das Bestreben, die Äquidistanz zum bestimmenden Faktor der Sichtweise auf geopolitische Prozesse zu machen. Auch das ist gleichbedeutend mit einer NATO-Verharmlosung und beginnendem Verständnis für die ungeheuren Aufrüstungsprozesse in NATO und EU, besonders hierzulande dafür tun, dass sich in der Programmdebatte nicht diejenigen durchsetzen, die für eine Regierungsbeteiligung im Bund beinahe jeden Preis zu zahlen bereit sind.

Der zweite entscheidende, damit in Zusammenhang stehende Streitpunkt ist die Frage der Regierungsbeteiligung. NpL/FDS haben im November 2025 ein gemeinsames Papier verfasst: »Die Erneuerung der Linken organisieren«. Wenn man dieses Papier liest, bekommt man faktisch gesagt, dass der Kern des heutigen Antifaschismus »Rot-Rot-Grün – was sonst?« sei. Denn nur Rot-Rot-Grün könne eine Regierung unter AfD-Beteiligung verhindern. In dem Papier »»Rot-Rot-Grün – was sonst?« Oder: Wie Die Linke Antifaschismus organisieren soll, ohne den Kampf gegen den deutschen Militarismus zu führen« hat der Bundessprecherrat der KPF seine Positionen dazu dargelegt (KPF-Mitteilungen 11/2025).

Der Antifaschismus, wie ihn die KPF versteht, richtet sich auf die Bekämpfung der Ursachen des Rechtsrucks. Dieser Antifaschismus erlaubt keine Beteiligung der Linken an einer Regierung, die den Krieg vorbereitet, sondern besteht im Ringen um eine wirksame außerparlamentarische und parlamentarische Opposition. Gerade, weil das NpL/FDSden endgültigen Abschied vom sozialistischen Charakter der Linken will, weil es will, dass Die Linke letztlich eine prowestliche, NATO-freundliche Partei wird, wird die KPF immer für den antikapitalistischen und sozialistischen Charakter unserer Partei kämpfen.

ARBEITSGRUPPE 2

Assoziierung, Aufklärung und Emanzipation gegen den Kulturkampf von Rechts

„Der soziale Humanismus war an der Tagesordnung, er war die Vision der Besten in dem Augenblick, als der Faschismus seine schielende Fratze über die Welt erhob. Er, der das wahrhaft Neue, Junge und Revolutionäre ist, wird Europa seine äußere und innere Gestalt geben, ist nur erst der Lügenschlange das Haupt zertreten.“
(Thomas Mann, 1944)

Im Zentrum steht die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Deutungshoheit. Die extreme Rechte erfüllt im Kapitalismus eine klare Funktion: Sie spaltet die Bevölkerung, hetzt und produziert Sündenböcke – um den Kapitalismus in der Krise zu retten und zu verhindern, dass die Mehrheit sich zusammenschließt und gemeinsam für das Menschenrecht kämpft.

AfD und andere propagieren soziale Ungleichheit als natürlich und setzen auf private Vereinzelung, „Eigenverantwortung“ und Menschenbilder aus der Biedermeierzeit: vom „Heimchen am Herd“ bis zum „heroischen“ Soldaten. Dem stellen wir einen Kulturkampf von links entgegen. Er steht für Menschenwürde, Aufklärung, Solidarität und die assoziierte Emanzipation der Vielen im Bewusstsein der bisherigen Kämpfe.

*Diskutant*innen:*

*Artur Pech (Brandenburg), Freddy Heinz (dieLinke.SDS),
Artur Brückmann (LAG Antifa/Gegen Rechts Hamburg)*

Was Die Linke vom Kampf um den 8. Mai als Feiertag der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg für einen wirksamen Antifaschismus lernen kann

Artur Brückmann (LAG Antifa/Gegen Rechts Die Linke Hamburg)

Miguel Torres Tesoro, der zweite Missionschef der kubanischen Botschaft, hat in seinem Beitrag die aktuelle Lage mit Gramsci als ein Interregnum bezeichnet, in dem das Alte stirbt und das Neue noch nicht zur Welt kommen kann.

In dieser Lage wird es umso deutlicher, was die ideologische Funktion der faschistischen Weltanschauung ist. Nämlich – mit Reinhard Kühnl gesprochen –, „daß die geschichtlich gewordenen und folglich veränderbaren gesellschaftlichen Verhältnisse als naturgegeben und folglich unabänderlich dargestellt werden.“¹ Aufgabe des Antifaschismus muss es also sein, Geburtshelfer des Neuen dadurch zu sein, die Machbarkeit einer humanen Gesellschaft zu verdeutlichen und Lust darauf zu wecken, sie mit hervorzubringen.

Die erste These lautet daher: Antifaschismus ist positiv und macht Hoffnung, oder er ist keiner. Ich werde im Folgenden vor allem auf die Ambitionen, Hoffnungen und Programme rund um die Befreiung am 8. Mai 1945 eingehen und dabei aus unserer Arbeit im Hamburger Ratschlag für den 8. Mai als Feiertag² schöpfen.

Die Aufnahme der Forderung nach der Ausrufung des 8. Mai als Feiertag wäre ein erster konkreter Vorschlag zur Aktualisierung unseres

¹ Reinhard Kühnl, „Formen bürgerlicher Herrschaft“, 1972, S. 97

² Ein Dokumentation der Arbeit des Hamburger Ratschlags für den 8. Mai als Feiertag inklusive Videos aller Beiträge der Festkundgebungen ist zu finden unter: www.8mai-hamburg.de

Parteiprogramms. Es ist bemerkenswert, wie viel Aufwand in Westdeutschland und der BRD betrieben wurde, den Tag der Befreiung als Tag der Niederlage, als Zusammenbruch oder auch als Tag der Errichtung einer weiteren Diktatur zu verdrehen und sich über 80 Jahre dagegen zu stemmen, ihn zum Feiertag zu machen. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, die Herrschenden und Rechten haben ein tieferes Verständnis der Wichtigkeit des Kampfes um die Geschichtsdeutung als weite Teile der Linken.

Die Befreiung sollte nicht als etwas Abgeschlossenes, sondern als etwas weiter zu Vollendendes verstanden werden. In diesem Sinne wandte sich Heinrich Mann bereits am 9. Mai 1945 aus dem Exil im gleichnamigen Text „An das befreite Berlin“:

„Was ihr endlich wagen müßt, oder alles wäre für immer verloren, das ist nicht nur die versäumte Revolution; (...) Verlangt wird mehr als eine einmalige revolutionäre Handlung. Eine revolutionäre Gesinnung, die standhaft bleibt, eine Revolution, die sich vererbt und verewigt: das wird verlangt.“

Jemandem wie mir, in dessen bayrischem Geschichtsbuch der antifaschistische Widerstand nur unfreiwillig in Form einer kleinen Tabelle über die Anzahl der politischen KZ-Häftlinge informiert wurde, gingen die Augen auf, als ich mich mit diesem „Spirit of 45“, also der Aufbruchphase von 1945 bis zum Beginn des Kalten Krieges 1947 in Deutschland zonenübergreifend beschäftigte³:

Die ersten Landesregierungen waren Allparteienkabinette unter Beteiligung der KommunistInnen. Hermann Brill, ehemaliger Buchenwald-Häftling, war ein maßgeblicher Akteur bei der Erarbeitung des Grundgesetz-Entwurfs. Die Gewerkschaften forderten 1946 zonen-

³ Vgl. Artur Brückmann, „Die Befreiung vollenden: Der »Spirit of 45« Was wir aus der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg lernen können“, in: Forum Wissenschaft 1/2025, S. 37-41

übergreifend die Sozialisierung der zum Krieg treibenden Monopole, Kartelle, Konzerne und Trusts. In der sowjetischen Besatzungszone wurden schnell alle Güter über 100 ha enteignet und an KleinbäuerInnen und LandarbeiterInnen übergeben. An der Technischen Uni Berlin wurde 1946 die erste Zivilklausel eingeführt. Bereits am 13. Mai gab das Berliner Kammerorchester sein erstes Konzert. Bis Ende des Jahres fanden in Berlin 121 Theaterpremierer statt. 1946 erschienen die ersten »Rowohlts Rotations Romane« mit einer Durchschnittsauflage von 100.000 Exemplaren, darunter Anna Seghers „Das siebte Kreuz“. Der Kommunist und ehemalige Buchenwald-Häftling Emil Carlebach, zusammen mit zwei weiteren Kommunisten, drei Sozialdemokraten und einem engagierten Katholiken, wurde Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“. Die all dem zugrunde liegende Ambition formulierte Johannes R. Becher so: Er setze darauf, dass die meisten bereit sein würden, »ein neuer Mensch« zu werden und gründete bereits am 3. Juli 1945 in Berlin den zonenübergreifenden »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands«.

Dieses Menschenbild ist bemerkenswert, wenn man sich die Dimension der Menschenfeindlichkeit des Vernichtungskrieges und Völkermords ins Gedächtnis ruft, mit der wenige Monate vorher noch Millionen Deutsche den Osten verwüstet und dabei 27 Millionen Sowjetbürger ermordet haben. Die Antifa-Schulen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern zeugen ebenfalls davon. (So viel auch zur Frage, ob es wohl möglich ist, AfD-Wähler wieder umstimmen zu können...)

In diesem Zusammenhang ist zur Kenntnis zu nehmen: Es gab einen deutschen Staat, in dem die wesentlichen Konsequenzen aus der Befreiung realisiert wurden: die DDR. Im Erfurter Programm heißt es:

„Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein. Mit der Verstaatlichung der Großindustrie, von

Banken und Versicherungen sowie mit der Bodenreform wurden Eigentumsverhältnisse geschaffen, die eine Ausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf das Gemeinwohl und den Schutz der Beschäftigten vor Ausbeutung sichern sollten.“

Und zur antifaschistischen Kultur lasse ich Hermann Kant aus seinem Text „Der verordnete Atem“ zu Wort kommen: „und wie freundlich krumm und lindenbesäumt ein Kleinstadtgässchen auch sein mochte – im Staate DDR war es vor der Gefahr, eines Tages per Verwaltungsakt zur Geschwister-Scholl-Straße ernannt zu werden, niemals sicher.“⁴

Und natürlich war in diesem Land der 8. Mai bereits ein Feiertag. Daraus folgt:

Antifaschismus muss immer auch anti-antikommunistisch sein.

Was heißt das für die Weiterentwicklung des Antifa-Teils im Erfurter Programm? Das Hauptproblem ist, dass er bisher im „Anti“ stecken bleibt. Für eine Weiterentwicklung auf Höhe der Zeit ist es wichtig, den 8. Mai 1945 nicht nur als der Tag der Befreiung von, sondern vor allem auch als Tag der Befreiung für zu begreifen:

Für Frieden und Völkerverständigung. Für die Demokratisierung der Arbeit, Sozialisierung und Sozialismus. Für die universelle Verwirklichung von Menschen- und Völkerrecht. Für demokratische Persönlichkeitsentfaltung.

Einen so verstandenen Antifaschismus feiern wir z.B. zum Abschluss unserer jährlichen Festkundgebungen auf dem Hamburger Jungfernstieg mit dem Swing und Jazz von Tornado Rosenberg.

Abschließend werde ich mich der Bündnisfrage im Antifaschismus widmen.

⁴ Hermann Kant, „Der verordnete Atem“, in: Neues Deutschland, 18.1.1993

Antifaschismus ist die Entwicklung eines Bündnisses des „sozialen Humanismus“ (Thomas Mann).

Die Entwicklung eines solchen Bündnisses geht über die Ebene des Parlamentarismus hinaus. Es geht dabei um die Entwicklung eines Bündnisses fortschrittlicher Weltanschauungen, die auch die historische Befreiung vom Faschismus errungen haben – für radikal-humanistische Veränderungen: Die hier gemeinte gemeinsame Entwicklungsrichtung lässt sich anhand der Beiträge im Rahmen der Festkundgebung am 8. Mai 2025 illustrieren. Es agitierte dort ein kommunistischer Gewerkschafter für die Sozialisierung des Hamburger Hafens; die Friedensbeauftragte der evangelischen Kirche Hamburg sprach zu Bonhoeffer und dem christlichen Tötungsverbot; der deutsch-russische Kulturverein RussPublika musizierte und sprach zum Sozialismusaufbau in der Sowjetunion; der Völkerrechtler Norman Paech sprach zum antifaschistischen Gehalt des Grundgesetzes; Mitglieder der Jugendorganisationen von SPD, GRÜNE und LINKE diskutierten über die Einführung des Feiertages; die GenossInnen von den Marx Sisters And Brothers vertonten Tucholsky, Brecht und eigene Dichtungen; die Gruppe Stella's Morgenstern spielte jiddische Protestlieder.

Als ein solches Bündnis haben wir dafür gewirkt, dass im Jahr 2022 der Tag der Befreiung zum offiziellen Gedenktag in Hamburg gemacht wurde. Was ist es nun, das ein solches Bündnis des sozialen Humanismus im Inneren zusammenhält? Es geht dabei darum, ausgehend von dem gemeinsamen Dritten der Realisierung der unvollendeten Hoffnungen der Befreiung, uns als MitstreiterInnen der verschiedenen Weltanschauungen fortschrittlich zu entwickeln – je persönlich und als Bündnis. Unsere Rolle als SozialistInnen ist es, dabei die Initiative zu übernehmen, da der Sozialismus die extremste Form des Humanismus ist.

Grundgesetz statt AfD!

Auf Grundlage eines so verstandenen Antifaschismus lässt sich auch eine zivilgesellschaftliche AfD-Verbotskampagne produktiv machen. Wenn wir das Grundgesetz als einen errungenen Klassenkompromiss mit antifaschistischer Stoßrichtung begreifen, auf Grundlage dessen für die Verwirklichung der darin gefassten Menschenwürde, des Friedensgebots, der Sozialstaatlichkeit und des Rechts auf Asyl streiten, und die AfD als schärfste Gegnerin dieser Maßstäbe angreifen, dann wird daraus ein Schuh. Dabei gilt, was Clara Zetkin betonte:

„Wir müssen jedem einzelnen Proletarier die Überzeugung einhämmern: Auf mich kommt es auch an. Ohne mich geht es nicht. Ich muß abei sein. Mir winkt der Sieg.“⁵

Kulturkampf von Links

Frederick Heinz (Die Linke.SDS)

Historisch wie auch heute ist der Faschismus zutiefst reaktionär und vor allem gegen eine linke Entwicklung gerichtet. Etwas Neues hervorbringen kann er hingegen fundamental nicht. Auch die AfD ist wirklich nicht besonders innovativ, stattdessen ist sie sehr spießig und vor allem dazu da linkeres zu verhindern. Sie ist einfach nur mehr von dem Gleichen, wenn auch sehr viel reaktionärer und noch verfallener. Sie verfolgt sehr klassisch neoliberale Austerität, Privatismus, reaktionäre Geschlechter und generelle Rollenbilder und einen aggressiven Militarismus. Eine aggressive Verteidigung des Status Quo also.

Zunehmend wird jedoch deutlich, dass dieser Status quo und der Ka-

⁵ Clara Zetkin, „Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale“, 20.07.1923

pitalismus als solcher ist zutiefst in der Krise sind und unhaltbar werden. So stark bedroht wie noch nie, ist der gewohnte Akkumulationsprozess einfach nicht mehr tragbar. Das bedeutet: entweder braucht es Investitionen in produktive Arbeit und nachhaltige Entwicklung aus öffentlicher Hand, also Umverteilung nach unten. Oder der stark verschärfte, verrottete Zerstörungskurs der momentan von den Herrschenden angestrebt wird, mit Militarisierung und einem Auspressen der arbeitenden Bevölkerung. Umverteilung von unten nach oben also.

Nach jahrelanger Austerität macht die Arbeitende Bevölkerung nicht mehr mit und lehnt sich auf. Hier bewirkt das u.A. das Erstarken der Rechten. Global sehen wir aber auch überall Bewegung und Ansprüche auf mehr; kleines Kuba standhaft im Gesicht aggressivsten und gefährlichsten Militärs der Geschichte, Aufrichten im Sahel, Überwindung extremer Armut in Kerala und generell ein massiv erhöhten Anspruch der Völker auf Souveränität und in Würde zu leben, hin zu einer Multilateralen Weltordnung. Vor dem Hintergrund gesteigerter Brutalität, Menschenverachtung und sozialer Härte gibt es weit verbreitet den Instinkt, panisch an dem was man hat festzuhalten und alles zu tun um das bloß nicht zu gefährden.

An unser Uni führte das zum Beispiel dazu, dass unser Rektor findet wir müssen ernsthaft beraten ob wir uns nicht mit zu viel „Woke“ zur Zielscheibe von der AFD gemacht haben an den Unis. Viele Mitstreiter aus der Partei und darüber hinaus, die denken wir müssen vor allem die Brandmauer aufrechterhalten oder auch andere, die denken wir müssen vor allem uns vor Parteitage auf den Boden hocken. Vor allem aber bedeutet das immer jegliche Ansprüche auf etwas Weitreichenderes zu senken und bloß nicht zu links zu sein. Clara Zetkin hat schon vor über 100 Jahren genau hiervor gewarnt:

„[Der Faschismus] ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat

nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben hat.“

Die AFD erfüllt kulturell momentan zwei Funktionen:

1. Einen Bescheidenheitszwang: Durch die Permanente Erpressung einer CDU/AFD Regierung und gesondertem Antikommunismus
2. Ein Zurückdrängen aller ins Private: zwar mobilisiert die AFD keine Massen auf den Straßen, bewirkt aber schon, dass Leute einfach aufgeben und zuhause bleiben

Hierfür wirkt sie und die Rechte insgesamt, durch gezielte Hetzkampagnen gegen geflüchtete, Frauen, queers und anderen Minderheiten sowie Linken und sonstig nonkonforme.

Die Antwort auf die Krise kann nicht sein, ganz doller Händchen zu halten und eine nicht-existente Einheit herbeischwören um sich bloß nicht streiten zu müssen. Vielmehr ist Streiten, widersprechen, anders sein und aus dem Korsett des bestehenden ausbrechen dringender denn je.

Sind wir mal ehrlich: was ist an diesem Unsinnigen Krisenkapitalismus überhaupt verteidigungswürdig?

Wir können dem alten nachtrauern, aber warum sollte man das? Vielmehr Teil von globalem Umbruch hin zu Multilateralismus und sinnvolleren, demokratischen internationalen Verhältnissen. In jetzigen Verhältnissen und Zuspitzung ist das einzige mit Perspektive und das erfreulichste für die Verbesserung Bedingungen der mit Mitmenschen im Sinne aller zu streiten.

Ich habe auch in gewisser Weise einen Programmprozess hinter mir. Vor meiner Wahl zum Vorsitz, haben wir sehr lange darauf gesetzt ein sehr ausführliches AstA Programm auszuarbeiten und auszudiskutieren. Auch wenn ich jetzt formal der gewählte Vertreter von den Inte-

ressen von fast 50.000 Studierenden bin, heißt das nicht ansatzweise, dass sie alle auch ansatzweise selbst unser Programm vertreten. Im Gegenteil: die allermeisten sind strikt private Wesen und sehr spießig. Nach den Vorlesungen fliehen sie entweder nach Hause oder in die Bibliothek um sich gegenseitig anzuschweigen. Wir sind also stark angewiesen auf Persönlichkeitsentwicklung und Politisierung an der Uni, um auszugreifen und nicht in unserem kleinen Schutzraum unterzugehen.

Unser Ansatz hierfür ist bisher:

- Zentrale gesellschaftliche Konflikte zuspitzen und energisch angehen: Streiten für eine Auskömmliche Studienfinanzierung für Alle und Wissenschaft und Uni, die für Frieden und Völkerverständigung (Konkret mit Russland) wirkt.
- Eine Oppositionelle und aufmüpfige Kultur etablieren: wir werden internationalistische Kulturabende und Antifaschistische Leseringen organisieren Dazu gehört auch mein Lieblingsteil im Programm (dass wir an alle in Der Uni geschickt haben: <https://www.asta.uni-koeln.de/>): alle Mitglieder sind bei Kundgebungen verpflichtet zu tanzen, was zu enormem Staunen und heimlichen Fan sein unter der Universitätsverwaltung, denen das gesamte Programm als Warnung geschickt wurde.

Zentral auch für unser wirken in Partei und damit Auseinandersetzung um Gesellschaft als Ganzes finde ich deshalb:

- Schluss mit der Bescheidenheit; jetzt geht es um vollumfängliche Umwälzung der Verhältnisse im Sinne des Friedens, der Demokratie und Sozialer Emanzipation
- „Der große erscheint nur Groß, wenn wir vor ihm auf die Knien rutschen“, wir sind es die die Zukunft und Reichtümer der Welt schaffen und mit dem Selbstbewusstsein können wir auch Kämpfen
- Nicht zuletzt: das kämpfen darf auch Spaß machen!

Antifaschismus und Frieden

Artur Pech (Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg, ehem. Mitglied im Ältestenrat & im Bundesausschuß)

„Das Profil der LINKEN wird in ihrem Programm und ihrer Satzung bestimmt. Die Grundsatzdokumente der Partei wurden vor etwa zehn Jahren beschlossen. Wie haben der Bundesvorstand und die Landesverbände deren politische Leitlinien in praktische Politik umgesetzt ... inwieweit sind Wahlergebnisse also Folge der Orientierung am oder der Vernachlässigung des Programms?“

So stand es im November 2019 in einem Beschluss des Bundesausschusses. Eine ernsthafte Antwort wurde nie versucht. Vielmehr gibt es bis heute staatlich beamtete Mitglieder der Linken, die sich um das Programm nicht scheren und Forderungen, die friedenspolitischen Teile des Programms der bundesdeutschen Staatsräson anzupassen. Unser Programm lässt keinen Zweifel am Kampf gegen Faschismus, gegen Rassismus, gegen Diskriminierungen. Zur Funktion von Faschismus und Rassismus ist dagegen nichts zu finden. Wir sind dagegen - und Punkt.

Die Folge ist Orientierungslosigkeit, wenn der Unterschied zwischen rassistisch Verblendeten und der Funktion des Rassismus nicht erkannt wird, Unterdrückung, Ausraubung und Vernichtung ganzer Völker zu rechtfertigen. Auch beim Faschismus reicht es nicht, dagegen zu sein und sich auf die antifaschistischen Traditionen zu berufen. Viele haben sicher noch das Bild des toten Jungen am türkischen Strand vor Augen. Der wurde nicht Opfer der AfD. Er wurde Opfer der Politik der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und der Parteien, die deren Politik beherrschen - lange bevor beklagt werden konnte, dass Regierungsparteien die Politik der AfD übernehmen. In der „Remigrationsdebatte“ ist es dann den Verantwortlichen gelungen, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Und es gibt einen zweiten Gesichtspunkt: Den Zusammenhang des Kampfes gegen den Faschismus mit dem Kampf gegen den Krieg. Zurückzuweisen sind Versuche aus »Nie wieder Faschismus« die Rechtfertigung aktueller Kriege zu machen.

Wer nicht weiß, was Faschismus ist, wird eher früher als später auch Probleme mit dem Antifaschismus haben. Wer sich an der Brandmauer festmacht und über die Probleme nicht redet, die die AfD stark machen, versagt oder führt Menschen in die Irre. Letztlich wird so die Politik fortgesetzt, die die AfD stark gemacht hat.

Max Horkheimer hatte 1939 Recht: Wer von Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen.

Seit Clara Zetkin 1923 ist bekannt, dass die Bourgeoisie den Faschismus braucht, weil ihre Herrschaft in die Krise geraten ist.¹ Der Faschismus trägt in den einzelnen Ländern verschiedene Charakterzüge. Jedoch zwei Wesenszüge sind ihm in allen Ländern eigen: ein „Programm, das außerordentlich geschickt an die Stimmungen, Interessen und Forderungen breitester sozialer Massen anknüpft, dazu die Anwendung des brutalsten, gewalttätigsten Terrors.“

„Nur wenn wir verstehen, daß der Faschismus eine zündende, mitreibende Wirkung auf breite soziale Massen ausübt, die die frühere Existenzsicherheit und damit häufig den Glauben an die Ordnung von heute schon verloren haben, werden wir ihn bekämpfen können“.

Vieles hat sich seither geändert. Aber wer Ohren hat zu hören, findet schon hier Antworten auf aktuelle Fragen.

„Kein Zweifel, dass gerade manche der aktivsten, energischsten re-

¹ Alle folgenden Zitate nach: C. Zetkin: Aus ausgewählten Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960., S. 418 ff, (Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 12.-23. Juni 1923, Hamburg 1923, S.204-232

volutionär gesinnten Proletarier nicht den Weg zu uns gefunden haben oder auf diesem Wege umgekehrt sind, weil wir ihrer Empfindung nach nicht tatkräftig, nicht aggressiv genug aufgetreten sind“. Das unter Linken verbreitete Argument, die „etablierten“ Parteien befördern faschistoide Tendenzen dadurch, dass sie Positionen der AfD übernehmen, greift zu kurz. Parteien vom Schlage der AfD sind eine Folge der Positionsverluste der bisher dominierenden imperialistischen Mächte und der gescheiterten Politik der Parteien, die jetzt um ihre eigene Rolle in der Gesellschaft dadurch ringen, dass sie Positionen der AfD übernehmen. Wenn die bürgerliche Demokratie bei der Durchsetzung der Kapitalinteressen versagt, droht der Griff zur terroristischen Diktatur.

Das ökonomische Gewicht des „Wertewesten“ samt EU und Bundesrepublik wird seit rund 3 Jahrzehnten geringer. Sie kämpfen um die Verteidigung ihrer Vorherrschaft.² Dafür gibt es innere und äußere Bedingungen. Dazu gehörte die Erzählung von der Überlegenheit des wertewestlichen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Diese Erzählung funktioniert nicht mehr. So hieß es am 22. April 2025 in der „Frankfurter Allgemeinen“:

„Von wirtschaftlicher Überlegenheit der Demokratie kann nicht mehr die Rede sein. Die Kräfteverhältnisse sind andere geworden.“³ Die innenpolitischen Entwicklungen reflektieren diese Veränderung. Was für Linke schwierig ist: Auch die arbeitenden Menschen dieses Teils der Welt haben von seiner wirtschaftlichen Vorherrschaft profitiert. Und jetzt stellt sich die Frage, wie es mit der Verteidigung dieser privilegierten Stellung aussieht? Wie geht die herrschende Klasse dieses

² Der Anteil der Europäischen Union am kaufkraftbereinigten weltweiten Bruttoinlandsprodukt belief sich zu Beginn der 1980er Jahre auf über 25%. Das war Platz 1. Aktuell sind es um die 15 %, das ist Platz 3

³ Peter Graf Kielmansegg, Putins Sieg? Den eigentümlichen deutschen Pazifisten zum Trotz und den Ukrainern zum Dank: Noch ist Europa nicht verloren. FAZ 22.04.2025 S. 7

Landes, nicht nur wie gehen die politischen Parteien, mit den Positionsverlusten um?

Die Bundesrepublik, die EU, die NATO haben einen irreren Hochrüstungskurs eingeschlagen. Ein Berliner Staatssekretär verplappert sich und gesteht ein, dass die Kosten des Ukraine-Krieges natürlich auch vom Land Berlin zu bezahlen sein werden. Auch manche Linke meinen, dass der Wertewesten nicht mit Wattebäuschen zu verteidigen sein wird und machen eigene Vorschläge für die Aufrüstung. Zugleich soll „die Wirtschaft“ durch Sozialabbau wieder in die Erfolgsspur gebracht werden - weg vom 8-Studentag, runter mit der Rente, weg mit Krankenhäusern, die nicht der Kriegstüchtigkeit dienen. Das alles ist ohne soziale Konflikte nicht zu haben. Wie sich die AfD in diesen Konflikten positioniert, das spricht Massen an. Dagegen muss es gehen und weniger um parlamentarisch-taktische Fisimatenten.

Wie sich die AfD in diesen Konflikten positioniert, das spricht Massen an. Dagegen muss es gehen und weniger um parlamentarisch-taktische Fisimatenten.

Die Sorgen, die Menschen auch hierzulande um ihre Existenz haben, sind nicht ausgedacht. Man kann sie ihnen deshalb auch nicht ausreden.

Wir müssen die politische Rolle die die AfD als Reserve in diesem Prozess spielt, erkennen.

Das Großkapital ist hierzulande noch nicht auf diese Herrschaftsmethode eingeschworen, es steht auch (noch?) nicht hinter dieser AfD.

Wir müssen verhindern, dass es dahintreibt. Das bedarf der Einordnung in die Gesamtentwicklung über die deutschen Grenzen hinaus.

ARBEITSGRUPPE 3

Die soziale Frage und kein Ende der Geschichte

„Die Sozialreform ist die Überbrückung der Revolution.“
(Rosa Luxemburg)

Die soziale Frage bleibt – entgegen allen Behauptungen vom „Ende der Geschichte“ – im Zentrum gesellschaftlicher Konflikte. Radikale Reformen sind Brücken: Sie verbessern die unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerungsmehrheit, verschieben gleichzeitig die Machtverhältnisse zu Lasten der Herrschenden und eröffnen neue Möglichkeiten der kollektiven Verfügung. Die soziale Frage ist daher auch die Systemfrage; die Lohn-, Wohnungs- und andere Fragen gehören eng mit der Frage verbunden, was produziert wird, wie produziert wird und wer darüber entscheidet. Der Kampf ums Brot ist daher zum Beispiel auch der Kampf um den Frieden.

Zentral ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um soziale Rechte zu verteidigen und auszubauen. Die Arbeitsgruppe greift diese Fragen auf, um Perspektiven für eine offensive Klassenpolitik zu entwickeln.

*Diskutant*innen:*

Thies Gleiss (Antikapitalistische Linke), Nils Böhlke (BAG Betrieb und Gewerkschaft), Yusuf Karaaslan (Sozialistische Linke)

In welchem Kapitalismus leben wir?

Yusuf Karaaslan (SL)

Wenn wir über die programmatische Anleitung von Klassenkämpfen durch ein Programm sprechen, müssen wir uns ein Bild von der Ausgangslage machen und darauf aufbauend unsere Strategie zum grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen. Der Programmprozess sieht vor, die Frage zu diskutieren, in welchem Kapitalismus wir leben. Ich möchte dazu in meinem Beitrag einige Denkanstöße geben und dabei Bezug auf die Rolle der Linken als Klassenpartei nehmen.

Die wichtigste Haupttendenz des heutigen Kapitalismus ist: Der US-Imperialismus, also der NATO+ Block (sowie seine regionalen Verbündeten) mit seinen mehr als 900 Militärbasen und über 80% aller Militärausgaben weltweit, wird immer stärker herausgefordert. Spiegelbildlich zum Abstieg des US-Imperialismus erfolgt der Aufstieg der BRICS+ Länder, darunter auch getragen von Kämpfen des globalen Südens, die mit neuem Selbstbewusstsein die Weltordnung.

Ich möchte den Niedergang des US-Imperialismus und des allgemeinen Westens anhand einer Zahl nachzeichnen: Während die EU am weltweiten BIP im Jahr 1980 noch einen Anteil von über 25% vorzuweisen hatte, liegt der Anteil im Jahr 2024 bei unter 14,3 % – mit sinkender Tendenz. Gleichzeitig lag der Anteil Chinas am weltweiten BIP im Jahr 1981 noch bei 2,32%, wohingegen dieser Anteil im Jahr 2024 bei knapp 20% liegt – Tendenz steigend.

Diese ökonomische Verschiebung spiegelt sich, politisch und kulturell wider: Besonders deutlich wird das an den Auseinandersetzungen um den Völkermord in Palästina und dem Ukraine-Krieg. Während der Eskalation des Ukraine-Krieges kam es in der UN-Generalversammlung zu zwei Abstimmungen. Die Verurteilung des Krieges war einhellig von den allermeisten Ländern getragen. Dass jedoch der Großteil der Län-

der – besonders Länder des globalen Südens, lehnten Sanktionen gegen Russland ab. Das nannte die damalige Ex-Mitarbeiterin im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Fiona Hill, eine Meuterei. Unter der US-Hegemonie wird gemeutert. Das ist ein Grund zur Freude, oder?

Auch im Völkermord in Gaza zeigt sich die globale Absetzbewegung von westlicher Hegemonie: Eine überwältigende Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten forderte wiederholt einen sofortigen, bedingungslosen und nachhaltigen Waffenstillstand.

Dieser Hegemonieverlust auf der Weltbühne kompensiert der US-Imperialismus und damit die westlichen Wirtschaftsakteure durch Eskalationspolitik bei gleichzeitiger massiver Aufrüstung mit dem Ziel von ideologischem, kulturellen, wirtschaftlichen bis hin zur militärischen Auseinandersetzung. Die Aufrüstung fällt nicht vom Himmel. Sie ist die panische Reaktion auf den Niedergang des Westens.

Die Aufrüstung wird von der lohnabhängigen Klasse in vielerlei Form bezahlt. In unserem Erfurter Programm heißt es, die Linke ist eine Klassenpartei. Wer allerdings von Klassenpartei redet, darf von der Friedensfrage nicht schweigen. Ich denke hier liegt eine Frage für die Entwicklung unserer Partei. Zentral ist sie deshalb, weil alle sozialen Forderungen aktuell unter der „Zeitenwende“ nur in Gegnerschaft zur Aufrüstung durchgesetzt werden können.

Parallel zu den globalen Umbrüchen kehrt auf ökonomischer Ebene der Staat als Zentrum und Organisator ökonomischen Handelns zurück. Die herrschende Klasse möchte unter neoliberalen Vorzeichen eine neue Formierung (Reinhard Opitz) des Monopolkapitals unter einer Zeitenwende vollziehen. Doch dieser Kurs wird unter teils noch passiven Unmut, teils aktiven Widerstand, von der Mehrheit der Bevölkerungen im Westen abgelehnt. Besonders in Deutschland spürt die arbeitende Klasse die Zumutungen der Konfrontationspolitik gegen Russland. Wirtschafts- und Handelskrieg zerreißen die exportbasierte Substanz der deutschen Kapitalakkumulation. Die Herr-

schenden wälzen das auf die Arbeits- und Lohnbasis ab. Die seit nun 3 Jahren andauernde Rezession ist Ausdruck dessen.

Die Lage hat erhebliche Auswirkungen auf die Frage von Krisenbewältigungsstrategien z.B. in Gewerkschaften und in der arbeitenden Klasse. Reiht man sich in den Standort-Nationalismus, der militärischen Zeitenwende und Stellenabbau ein oder wird eine zivile sozial-ökologische Wende eingeleitet? Die aktuelle Kampfansage von ver.di ist ein guter Ausgangspunkt den Exportfetisch abzuschaffen und die binnenwirtschaftlich orientierte, sozial-ökologische Wende einzuleiten.

Medial wird verbreitet: Wir müssten ja deutsche (!) Autobauer dazu ertüchtigen gegen die chinesische Automobilindustrie konkurrenzfähig zu sein. Mit solchen Sätzen wird der Boden für nationalistische Kriegsstimmung mit vorbereitet. So wie der Wirtschaftskrieg ein Teil von Kriegführung ist, so entsteht aus Wirtschaftskonkurrenz ein Feindbild. Hier liegt auch ein wesentlicher Ausgangspunkt der Rechtsentwicklung. Daher kann eine Bündniskonzeption aller sogenannten „Demokraten“, inklusive der CDU, keine nachhaltige Antwort gegen rechts sein. Ganz besonders dann nicht, wenn sie zusätzlich auf Parlamentsmehrheiten zielt. Das ist keine Strategie gegen Rechts, sondern die Kapitulation vor lauter Panik keine Antwort auf den Nationalismus entwickeln zu wollen.

Gegen rechts hilft nur mehr links! Das bedeutet konkret: In den Gewerkschaften als Partei Strategie anbieten, wie eine zivile, sozial-ökologische Wende aussehen kann, wir alle, als Arbeitende, als Wissenschaftler, als Betriebsräte, als Gewerkschaftsfunktionäre usw. Das kann nur gelingen, wenn wir das als Partei machen. Dabei bedeutet Partei nicht, Pressestatements vom KL-Haus [Anm. d. Red. Karl-Liebnecht-Haus, Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke], sondern Partei bedeutet: Wir, die wir hier sitzen. Trotz der gewaltigen Kriegsertüchtigungs-bemühungen der Herrschenden, lehnt die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland Krieg ab, genauso wie der Völ-

kermord in Palästina und Waffenlieferungen in die Ukraine mehrheitlich abgelehnt werden. Damit steht die Mehrheit der arbeitenden Klasse in Deutschland im Einklang mit dem neuen Aufbruch – oder Meuterei – aus dem Globalen Südens – Das muss Anknüpfungspunkt unserer Politik sein.

Das bedeutet für uns, dass jegliche Sozialopposition, sei es der Mietendeckel oder auch die sozialistische Version: Die Enteignung von Wohnungskonzernen – nur in Gegnerschaft zur Aufrüstung durchgesetzt werden kann.

Die aktuelle „Kanonen-statt-Butter“ Parole ist nicht mehrheitsfähig. Die Sozialdemokratie versuchte unter der Ampel-Koalition eine „Kanonen-und-Butter-Politik“ durchzusetzen, die objektiv und historisch gescheitert ist. Daher kann es nur eine Butter statt Kanonen-Politik geben. Diesen Widerspruch müssen wir immer wieder bei sozialreformerischen Versuchen benennen und entsprechend Illusionen bekämpfen.

Als Partei haben wir uns als oppositionelle Kraft gestärkt, wie der Mitgliederzuwachs und die politische links-rechts-Polarisierung deutlich macht. Jegliche Analysen, die der Partei einen dritten Pol nahelegen, unterschätzen die Kraft unserer Partei und das Potential. Deutlich wird es an den bisherigen Analysen, ob der deutsche Kapitalismus nun vom grünen Weg einschlagen kann oder doch den autoritären Weg. Solche Analysen vergessen das historische Subjekt der arbeitenden Klasse – und die Veränderbarkeit der Geschichte.

Als linker Flügel wird deutlich, dass wir positionell nur so weit kommen, wie wir es schaffen real die Partei zu einer Klassenorganisation in der Eigentums- und Friedensfrage zu formen. Das heißt wir müssen unsere Handlungspraxis intensivieren, die nicht nur parteipolitisch, sondern mindestens genauso sehr einen gesellschaftspolitischen Fokus braucht. Unsere friedenspolitischen Programmambitionen werden nur so weit durchgesetzt werden können, inwieweit wir gesellschaftlichen

Rückhalt und Praxis entwickeln können. Die Positionsverschiebungen in der Palästina-Frage innerhalb der Partei waren eindrucksvoll und nur durch die intensive Palästina-solidarische Arbeit auf den Straßen, in den Betrieben, Schulen und Universitäten zu erreichen.

Die Verführung in bürgerliche Medien nicht schlecht dastehen zu wollen, war dabei nur eine der Integrationskräfte des Kapitalismus, genauso wie Regierungsfallen. Daher sind wir auf unsere eigene Praxis in den Betrieben, in den Schulen, Universitäten, Straßen angewiesen diese Auseinandersetzungen zu führen, darin unsere Theorie als Handlungsanleitung zu verstehen und nur so Strahlkraft zu entwickeln. Das macht eine Mitgliederpartei aus.

Die Partei muss darin eine Lern- und Planungszentrum in Gegnerschaft zur Aufrüstung und Monopolkapital sein: Bildungsveranstaltungen, Diskussionsveranstaltungen, eine Parteikultur der Diskussion und konkreten Planung als Ergebnis der Diskussion. Das ist die hauptsächliche Funktion der Partei: Was lernen wir? Wie verstehen wir die politische Lage? Was machen wir konkret vor Ort, um den Niedergang des US-Imperialismus endgültig durchzusetzen?

Dabei wird deutlich, dass unsere sozialistischen Vorstellungen, die Ausweitung des Sozialstaats, der Betriebsräte als alleinige Produktionsentscheider, die Demokratisierung der Schulen & Universitäten, erst dadurch uns zum Sozialismus führen werden – nicht die parlamentarische Kuhhandelspolitik. Es kommt also auf uns alle an, vor Ort.

Dabei sollten wir uns geschichtsbewusst mit den Erfahrungen bisheriger sozialistischer Systeme auseinandersetzen, weil sie der historisch-reale Ausgangspunkt für eine Alternative bilden – ob wir wollen oder nicht.

Gemeinsam mit den heutig genannten Punkten: Erstens: neuen Aufbruch des globalen Südens, Zweitens den passiven Unmut aus der arbeitenden Klasse in Deutschland, und Drittens: die Krise des US-Imperialismus, als Ausgangspunkt nehmen für unsere Realutopien.

ABSCHLUSSPLENUM

Der Kampf um die programmatischen Positionen der Linken

„Die Klassiker lebten in finstersten und blutigsten Zeiten. Sie waren die heitersten und zuversichtlichsten Menschen.“
(Bertolt Brecht)

Zum Ende der Konferenz werden die Impulse aus den Arbeitsgruppen zusammengeführt und in eine Diskussion um gemeinsame programmatische Aussagen und Orientierungen in der Programmdebatte der Linken überführt. Daraus soll nicht nur Klarheit, sondern auch Zuversicht erwachsen, dass der gemeinsame Kampf sich lohnt. Wir haben eine Welt zu gewinnen und können gemeinsam erreichen, „uns aus dem Elend zu erlösen“.

*Diskutant*innen:*

Artur Pech (Kommunistische Plattform) , Özlem Alev Demirel (MdEP), Kristian Glaser (Hamburg) und Ulrike Eifler (BAG Betrieb und Gewerkschaft).

Soziale Frage und Klassenpolitik - für Umverteilung und gesellschaftliche Verfügung

Ulrike Eifler (BAG Betrieb und Gewerkschaft)

Ich habe zur Strukturierung meines Vortrages folgende drei Fragen bekommen: Erstens, warum ist eine klare antimilitaristische Position nicht nur historisches Erbe, sondern eine strategische Voraussetzung linker Klassenpolitik? Zweitens, was heißt es, Klassenorientierung zum strategischen Bezugspunkt linker Politik zu machen? Drittens, wie kann die Linke über Klassenpolitik eine glaubwürdige Alternative zur Rechten entwickeln?

Ich möchte beginnen mit einem Zitat von Rosa Luxemburg, die einmal gesagt hat: Unpolitisch zu sein heißt, politisch zu sein, ohne es zu merken. Dieses Zitat lässt sich gut abwandeln, denn nicht konsequent gegen den Krieg zu sein, heißt für den Krieg zu sein, ohne es zu merken. Es gibt in einer Klassengesellschaft keine klassenneutrale Politik. Eine linke Partei, die die Klasse nicht gegen den Krieg orientiert und sie dabei unterstützt, sich gegen die Klassenangriffe zu wehren, beteiligt sich am Klassenkampf von oben und das aus drei Gründen.

Weil, erstens, die Bundesregierung dann in der Lage ist, ihre Aufrüstungspolitik über einen Epochenbruch in der Sozialpolitik zu finanzieren - wer Militärausgaben in der Größenordnung der Hälfte des Bundeshaushaltes tätigen will, der muss sich das Geld bei Bürgergeldempfängern, Rentnern und abhängig Beschäftigten holen. Was wir gegenwärtig erleben, sind keine minimalen Sozialangriffe, sondern ein Frontalangriff auf das Recht auf soziale Absicherung und ein Frontalangriff auf die Grundfeste gewerkschaftlicher Errungenschaften.

Weil, zweitens, die Linke dazu beitragen würde, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zuungunsten der abhängig Be-

schäftigten verändert. Eine Bundesregierung, die erzählt, dass wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben und jetzt den Gürtel enger schnallen müssen, schafft ein Klima des Verzichts, das nicht Rückenwind für die Forderung der Gewerkschaften ist, sondern es ist Wasser auf die Mühlen der Arbeitgeber nach Nullrunden, längeren Arbeitszeiten und Abweichungen von Flächentarifverträgen.

Und weil, drittens, die Linke die Bundesregierung nicht daran hindern würde, den Klassencharakter ihrer Kriegsvorbereitung zu verschleiern und die Arbeiterbewegung in ihren Kriegskurs einzubinden - mit der SPD in der Regierung, die die Gewerkschaften diszipliniert, mit einer einseitigen Presseberichterstattung, mit omnipräsenter Bundeswehrwerbung oder mit der Bedrohungslüge. Wenn Die Linke hier nicht eine alternative Sichtweise, Orientierung, Zuversicht und eine Handlungsperspektiven anzubieten, trägt sie dazu bei, dass dieser Einbindungsversuch erfolgreich ist.

Und damit bin ich auch bei der Frage, was es denn eigentlich heißt, Klassenorientierung zum Bezugspunkt linker Politik zu machen. Das bedeutet erstens, sich die Brille der Klasse aufzusetzen und die gesellschaftlichen Widersprüche durch diese Brille zu betrachten. Nicht durch die Brille des linken Bildungsbürgers mit Abgeordnetendiät, der empfiehlt, Haschischzigaretten zu rauchen, bevor man zur Musterung geht. Sondern durch die Brille der Krankenschwester, die auf 75 Prozent reduziert, weil sie die Arbeitsbelastung sonst nicht durchhält und ziemlich sprachlos die Debatte über die Lifestyle-Teilzeit verfolgt. Oder durch die Brille des VW-Mitarbeiters in Osnabrück, der sich wünscht, dass Rheinmetall das Werk übernimmt, damit er auch weiterhin einen Job hat. Durch diese Brille zu schauen, heißt nicht, die Perspektiven individueller Betroffenheit zum politischen Programm zu machen, sondern auf der Grundlage individueller Betroffenheit nach den kollektiven Handlungsmöglichkeiten zu fragen.

Es bedeutend zweitens, das Klassenverhältnis zum Ausgangspunkt

gesellschaftlicher Betrachtung zu machen. Und wenn wir von Klassenverhältnis sprechen, dann meint das mehr als die Gesellschaft in ein diffuses oben und unten einzuteilen. Es geht um mehr als „Die Linke hilft“, es geht um mehr als um ein empörtes „Ich finde, es sollte keine Milliardäre geben“. Kern sozialistischer Politik besteht darin, in gesellschaftlicher Klassenspaltung vor allem die Dialektik zu sehen, die Interaktion zwischen den Klassen und die Möglichkeit zur Gegenwehr. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist mehr als der Zwang, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen und das Direktionsrecht des Arbeitgebers zu erdulden. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist vor allem ein Klassenverhältnis, bei dem die Klassen in einer permanenten Beziehung zueinander stehen. Sozialistische Politik bedeutet vor allem, in der Lohnabhängigenklasse das potentiell handelnde Subjekt zu sehen und dazu beizutragen, dass das Direktionsrecht des Arbeitgebers in Frage gestellt wird, dass Spaltungen innerhalb der Klasse überwunden und die Lohnabhängigen als Klasse handlungsfähig werden.

Und damit komme ich zur dritten Frage: Die Verantwortung unserer Partei beim Kampf gegen rechts. Diese Verantwortung besteht darin, den Aufstieg der AfD in den Kontext der aktuellen Krise des Kapitalismus zu stellen - eine systemische Krise, die weit über die konjunkturellen Krisen der Vergangenheit hinausgeht. Die AfD hat deshalb das Potential, zu einer faschistischen Bewegung zu werden, weil der herrschende Block diese Krise nicht mehr in den Griff bekommt und der Versuch, die Krise in einer Sphäre zu lösen, zur Verschärfung der Krise in einer anderen Sphäre führt. Die Linke wird diese Gefahr nicht abwehren können, wenn sie nicht in der Lage ist, eine systemische Antwort auf diese systemische Krise zu finden und die Menschen für die inspirierende Idee einer Gesellschaft, in der wir alle frei und gleich miteinander leben können, zu gewinnen. Unsere Aufgabe steht darin, dass wir die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsperspektive wiederbeleben, um sie dem drohenden Rückfall in die Barbarei entgegenzusetzen. Und Rückfall in die Barbarei, das ist der Völkermord in Gaza,

das ist der Bruch des Völkerrechts durch den Überfall auf Venezuela, das ist die Erzwingung von Hunger durch die Blockade gegenüber Kuba, das sind wild um sich schießende ICE-Agenten, das ist ein Kanzler, der den Überfall auf den Iran als notwendige Drecksarbeit framt, das ist die Stationierung amerikanischer Hyperschallwaffen in Deutschland, das ist der angekündigte Epochenbruch in der Sozialpolitik oder die Forderung von Joschka Fischer nach einer europäischen Atombombe.

Wir wissen: Faschismus erwächst aus der konterrevolutionären Verzweiflung der Menschen, gegen die müssen wir die revolutionäre Hoffnung setzen. In einer Zeit, in der sich gesellschaftliche Widersprüche so zuspitzen, dass sie auf eine gesellschaftliche Entscheidung drängen, reicht es nicht, die Hoffnung organisieren zu wollen. Unsere Aufgabe ist es, die Kasse zu organisieren. Indem wir uns der Tiefe der gesellschaftlichen Krisensituation bewusst sind, darin die Gefahren sehen, vor allem aber Möglichkeiten zur Gegenwehr erkennen.

„... können wir nur selber tun!“ Fünf Thesen für einen offensiven linken Parteiflügel

Kristian Glaser (Hamburg)

I.

Die Rahmenbedingungen der Programmdebatte in der Linken haben sich verändert. Kurz nach Beginn des Ukrainekriegs trat die Nato-hörige Parteilinie den Prozeß zur Überarbeitung des Programms in der Erwartung los, daß der Partei unter dem bellizistischen Druck der „Zeitenwende“ ihre antimilitaristisch-pazifistische Grundpositionen ausgetrieben werden könnten, um – endlich! – regierungstauglich zu werden. Allerdings hat sich die Welt seitdem schnell weitergedreht.

US-Präsident Trump hat durch seine brutale Politik den Charakter der kapitalistischen Haupt- und Führungsmacht zur Kenntlichkeit entstellt. Seit er andere Länder offen bedroht, erpreßt und mit Bomben überzieht, ist der Lack des „Wertwestens“ endgültig ab. Dies ist der historische Moment einer radikalhumanistischen Zeitenwende: für die Freiheit von Ausbeutung und Gewalt, für soziale Gleichheit zwischen den Völkern und Menschen und für konsequente Solidarität als gemeinsamer Kampf für Verfügungserweiterung und daß kein Mensch mehr leide.

Daß diese begeisternde, hoffnungsvolle Option die Menschen überall auf der Welt ergreift und bewegt, muß Donald Trump unbedingt verhindern. Seine offen imperialistischen Zuspitzungen dienen der Einschüchterung und stellen den verzweifelten Versuch dar, den unaufhaltbaren globalen Verlust ökonomischer Macht und politischer Zustimmung des US-Imperiums aufzuhalten. Durch diese aggressive Defensive wird die systemische Krise der neoliberalen Hegemonie, deren moralisch-ethische Dekadenz durch die Epstein-Affäre offenbart wird, noch vertieft. Damit steht das System der Profitheckerei selbst, das den Untergang der Menschheit als Möglichkeit in sich trägt, wie nie zuvor zur Disposition.

Dies ist der neue Rahmen der Programmdebatte der Linken – und die Stunde des linken Flügels.

II.

Der Krise des Imperiums liegen eine objektive und eine subjektive Ursache zugrunde. Der durch die modernen Produktivkräfte geschaffene gesellschaftliche Reichtum ist so enorm, daß die Produktionsverhältnisse, also die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse mit dem ihnen inhärenten Zwang zu Konkurrenz (Vernichtung) und zu beständiger Selbstverwertung des Wertes (Profit für noch mehr Profit), zu eng geworden sind. Karl Marx und Friedrich Engels analysierten diesen folgenreichen Zusammenhang bereits 1848 im „Manifest

der kommunistischen Partei“ mit einer Anleihe an Goethes Ballade vom „Zauberlehrling“:

„Die modernen bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse“, konstatierten sie, „die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“

Mithin vermag die Bourgeoisie als herrschende Klasse bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts keinen wesentlichen Beitrag mehr zum gesellschaftlichen Fortschritt mehr leisten, sie hat ihre historische Mission erfüllt. Als sinnfälliger Ausdruck mag gelten, daß bereits seit vielen Jahren ausreichend Lebensmittel produziert werden, um den Hunger der Weltbevölkerung gleich mehrfach zu stillen, und doch sterben Jahr für Jahr neun Millionen Menschen an Unterernährung.

Auf der anderen Seite wollen die Beherrschten in zunehmendem Maße nicht mehr. Der Aufbruch speziell von Ländern des globalen Südens und von immer stärker und fordernder auftretenden Bewegungen richtet sich gegen das Joch aus neokolonialer Ausbeutung und neoliberaler Vereinzelung und Entwürdigung. In diesem Aufbruch kann als Avantgarde der Völker das sozialistische Kuba gelten, das angesichts der über sechzig Jahre währenden, immer wieder verschärfter US-Blockade nicht jammert, sondern sich beharrlich für Frieden und Diplomatie, für Völkerfreundschaft und Solidarität, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und internationale Kooperation gegen die globalen Probleme wie Hunger, Krankheit und Erderwärmung einsetzt. Die Gefahr, die von Kubas Revolution ausgeht, besteht just in dem quicklebendigen Beweis der radikalhumanistischen Alternative. Kämpfen heißt seine Würde bewahren.

III.

Was heißt das für die Programmdebatte der Linken? Zunächst muß festgestellt werden, daß die immer wieder als marginalisiert geschmähte Parteilinke in den vergangenen Jahren die entscheidende strategische Orientierung der Linken erwirkt hat, und zwar in der Friedensfrage mit Beschlüssen gegen den Gazakrieg der Bundespartei-tage in Halle (2024) und Chemnitz (2025). Maßgeblich dafür war und ist, daß die verschiedenen Zusammenschlüsse und Einzelpersonen des linken Flügels kooperieren.

Das Resultat ist zweifach wegweisend: Erstens wurden zwei Jahre nach Beginn des Ukrainekriegs vor aller Öffentlichkeit eine konsequente friedenspolitische (und damit systemoppositionellere) Orientierung der Partei erwirkt, was die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg bei der Bundestagswahl 2025 wurde. Zweitens gehörte die Linke damit zu den ersten großen Organisation in der Bundesrepublik, die sich dem Morden an der palästinensischen Bevölkerung entgegenstellte. Auf diese Weise setzte sie einen bedeutenden Impuls für das zwischenzeitlich erfolgte Umdenken in der Öffentlichkeit zum Gazakrieg und schuf eine gewichtige hegemoniale Voraussetzung für die übergroße Ablehnung des Irankriegs der USA und von Israel durch die Bevölkerung. Daraus läßt sich lernen.

IV.

Das hegemoniale Hauptprobleme unserer Zeit besteht darin, daß es den Rechten mit ihrem Kulturkampf noch zu sehr gelingt, daß Egoismus sowie Konkurrenz als zur Natur des Menschen gehörend anerkannt werden, daß die Subalternen sich spalten und in privat-isolierte Alltagsbewältigung drängen lassen. Die Stärke der Rechten resultiert aus der Schwäche der Linke, sich zuwenig zu trauen.

Als Richtschnur für die Programmüberarbeitung sollte daher gelten, „so radikal (zu) sein wie die Wirklichkeit“ (Brecht). Und das heißt mit Marx: „[...]die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Mas-

sen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem [am Menschen, kg] demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Der evidente Beweis für den Radikalismus der deutschen Theorie, also für ihre praktische Energie, ist ihr Ausgang von der entschiedenen positiven Aufhebung der Religion.

Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Zur Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, 1844, Herv. lt. Original.)

Die Hauptaufgabe der Linken besteht folglich in der Aufklärung gegen Lüge und Entfremdung, damit sich die Subalternen ihrer historischen Wirkmacht bewußt werden und als Gleiche und Freie sich assoziieren, um – ein für allemal! – Schluß zu machen mit Ausbeutung und Gewalt und den gesellschaftlichen Reichtum zum Nutzen aller zu entwickeln und gemeinsam zu genießen, indem sie sich solidarisch entfalten. Dies das Werk der Emanzipation.

Dieser radikale Humanismus, und nur der, bringt die Faszination und das gemeinsame Dritte hervor, die erforderlich sind, um Menschen unterschiedlicher progressiver Weltanschauungen im Kampf um Verfügungserweiterung zu einen und auch human orientierte Bürger vom Engagement für rational gestaltete gesellschaftliche Verhältnisse zu überzeugen. Denn „(w)enn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis, die Heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Mißtrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir

benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit.“ (Heinrich Heine: Französische Zustände, Vorrede, 1832.)

V. Schlußfolgerungen

Unser programmatischer Maßstab und gesellschaftliches Ziel ist, daß kein Mensch materieller oder struktureller Gewalt ausgesetzt und der Mensch dem Menschen ein Freund wird.

In diesem Kampf sollten wir bewußter Teil des internationalen Aufbruchs gegen die imperialistische Herrschaft sein und das als Konsequenz aus zwei Weltkriegen geschaffene Völkerrecht, insbesondere das Gewaltverbot, gegen die dekadenten Angriffe von rechts verteidigen und für das friedliche und gedeihliche Zusammenleben der Völker auf seine Verwirklichung dringen, die über den Kapitalismus hinausweist.

Ein kontinuierlich zusammenwirkender linker Parteiflügel ist unerlässlich. Die ausgezeichnete Programmkonferenz am 7. Februar 2026 in Hannover hat dies eindrucksvoll bewiesen.

Programmdebatte im Friedenskampf

Artur Pech (Kommunistische Plattform)

Ich wurde nach den Lehren aus vorangegangenen Debatten für die aktuelle Programmdebatte gefragt und begrenze mich auf ein Beispiel.

Seit dem Magdeburger Parteitag galt in der PDS der Satz: „Wir lehnen militärische Konfliktlösungen grundsätzlich ab.“

Dagegen machte eine Mehrheit des damaligen Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Ende der 1990er Jahre mobil, denn grundsätzlich ließ eben keine Ausnahme zu. Sie wollten die „Einzel-fallprüfung“ und führten dazu in der Partei eine breite Kampagne. Wer sich das offen halten will, für den ist Krieg im Zweifel doch „Ultima Ratio“ seiner Politik, egal, was er sonst sagt. Die Mehrheit der Delegierten des Parteitages in Münster blieb dennoch bei der Ablehnung. Damit verliert man zwar die Kompromissfähigkeit mit allen möglichen Begründungen für Kriege, gewinnt aber die in imperialistischen Staaten einzig mögliche Grundlage sozialistischer Politik.

Ich denke, an diese Erfahrung lässt sich auch in der aktuellen Programmdebatte anknüpfen.

Es ist nicht einfach, das Verhalten von Linken Mitgliedern in Landesregierungen im Bundesrat zu verkraften. Vor einigen Monaten ging das noch durch die Presse. Da wurden mit der Bestätigung der Kriegskredite - um mit den Worten Karl Liebknechts zu sprechen - sozialistische Grundpositionen aus „landespolitischer Verantwortung“ für ein Linsengericht verkauft.

Mittlerweile ist der Bruch Linker in Landesregierungen mit der Beschlusslage der Partei öffentlich nicht mehr wahrgenommenes Alltagsgeschäft. Bremen und MV haben am 30. Januar nicht nur einem Antrag zugestimmt, die militärische Unterstützung der Ukraine „wenn notwendig zu verstärken“, sie haben diesen Antrag selbst mit eingebracht.¹

Das sind Teile einer verhängnisvollen Entwicklung der Gesamtpartei. An dem Tage, an dem der Deutsche Bundestag über ein unbegrenztes Rüstungsprogramm abstimmte, präsentierte Jan Schlemmer seine Überlegungen, wie linke Politik zur Abwehr der „autoritären Bedrohung von außen“ ohne „linken Identitätsverlust“ gestaltet werden

¹ Bundesrat Drucksache 49/26 (Beschluss) 30.01.26 Entschließung des Bundesrates zum 4. Jahrestag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

soll. Sie laufen auf ein „linkes“ Konzept der Militarisierung der

Europäischen Union - bis hin zur „Europa-Armee“ hinaus.² Deren Zweck ist nicht Verteidigung, sondern Schaffung einer „strategischen Autonomie“ der EU, die sie in die Lage versetzt, im Streit um die Neuordnung der Welt die von ihr angestrebte Rolle zu spielen. Das ist die Neuauflage des „Burgfriedens“ nach innen gegen äußere Feinde und die tatsächliche Absage an die Friedensbewegung. Darum geht es gegenwärtig in der Linken. Die in diese Richtung treibenden Kräfte hätten sich das Ganze behutsamer, geräuschloser im Zuge der anstehenden Revision des Parteiprogramms gewünscht. Nun wird zu sehen sein, wie die in den letzten Monaten stark veränderte Mitgliedschaft der Linken darauf reagiert.

Tatsächlich geht es nicht um irgendeine Verteidigung. Es geht um die Durchsetzung von imperialen, von imperialistischen Interessen.

Was wir jetzt erleben, ist doch: Die größten Kriegstreiber dieser Welt sitzen zurzeit in EU-Europa. Das ist Fakt, auch wenn Gregor Gysi nach dem Protokoll der Eröffnung des Bundestages unter dem Beifall von Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken) meinte, wir dürften „niemals die als Kriegstreiber bezeichnen“, die den aktuellen Hochrüstungskurs im Bundestag und Bundesrat durchgewunken haben, „denn sie wollen ja auf ihrem Weg Frieden sichern“.³

Das zur Rechtfertigung dieser Kriegspolitik wiederbelebte Märchen von der „Gefahr aus dem Osten“ ist schlicht Dummenfang, auch wenn sich manche Linke seiner Verbreitung nur leicht nuanciert anschlie-

² Einiges zu gewinnen - noch mehr zu verlieren, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1189851.progressive-mehrheit-einig-es-zu-gewinnen-n-noch-mehr-zu-verlieren.html?sstr=Schlemermeyer>

³ Deutscher Bundestag - 21. Wahlperiode - 1. Sitzung. Berlin, Dienstag, den 25. März 2025, S. 6

Ben. Ich zitiere mal aus der FAZ - kein linksrevolutionäres Kampfblatt - vom Mittwoch: „Die Verteidigungsausgaben aller 32 Mitgliedstaaten lagen 2024 nach einer Schätzung der NATO bei zusammen 1,305 Billionen US-Dollar. Die russischen betrug nach Angaben der Weltbank 149 Milliarden Dollar, also etwa elf Prozent davon. Die NATO-Staaten hatten im selben Jahr etwa 3,41 Millionen aktive Soldaten. Russland, das sich in einem großen Krieg befindet, kam auf 1,13 Millionen Soldaten.“⁴

Und der Bundeswehrminister von der SPD zeichnet das Bild der Gefahr aus dem Osten mit dem Vergleich der Personalstärken der russischen Armee und der Bundeswehr. Das alles grenzt nicht nur an einen Angriff auf den menschlichen Intellekt. Wenn so etwas ohne Widerspruch verbreitet werden kann, dann zeugt es auch davon, welchen Erfolg die Kognitive Kriegführung mit Blick auf die deutsche Bevölkerung schon hat. Um es mit den Worten des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr Harald Kujat zu sagen: „der amerikanisch russische Zug fährt in Richtung Frieden und der europäische Zug fährt Richtung Fortsetzung des Krieges.“⁵

Sprechblasen können verräterisch sein. Wenn von der „Frankfurter Allgemeinen“⁶ bis zum Vorsitzenden der Linken⁷ fabuliert wird, Trump spiele jetzt im „Team Putin“, dann ist mindestens auf einer dieser beiden Seiten die Klassenperspektive verloren gegangen. Denn natürlich macht Trump imperialistische Politik - Politik im Interesse der im US-Imperialismus dominierenden Kreise und ist mitnichten auf die Seite Putins gewechselt.

⁴ Nikolas Busse, Die Abschreckung bröckelt, FAZ 04.02.2026 S. 8.

⁵ General Kujat und Botschafter Varga: Chancen für den Frieden in der Ukraine - der Trump-Putin-Gipfel, https://www.youtube.com/watch?v=K5UEodKM_ds

⁶ <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/trumps-seitenwechsel-buendnis-mit-russland-im-cyberkrieg-110335222.html>

⁷ <https://www.inforadio.de/rubriken/interviews/2025/03/04/reform-schuldenbremse-jan-van-aken-parteichef-die-linke.html>

Genauso natürlich macht die Europäische Union eine Politik der europäischen Imperialisten. Wenn die FAZ zu solchen Sprechblasen greift, dann mag der Schmerz darüber eine Rolle spielen, dass die Interessen US-amerikanischer und EU-europäischer und auch deutscher Imperialisten sichtbar auseinanderfallen und den Kriegseuropäern die Puste fehlt, ihre Kriege allein zu führen. Auf der linken Seite zeugt es aber vom Verlust der Klassenperspektive. Wenn man sich das nicht eingesteht, wird man als Sozialist, als Linker, mit der Frage von Krieg und Frieden ein Problem haben.

Und - wie es im Freitag hieß: „Wir sind Europäer und Europäerinnen, aber mit einer imperialistischen EU, die um die Aufteilung der Welt mitspielt, werden wir uns nicht identifizieren.“⁸ Genau das aber ist diese EU.

Auch wenn mehr als ein Jahrhundert vergangen ist: Wieder stehen wir vor der Aufgabe, das Erbe Liebknechts zu verteidigen. Der trat damals der sozialdemokratischen Begründung der „Vaterlandsverteidigung“ mit dem Kampf gegen den Zarismus entgegen. Daraus ist heute der Kampf gegen den Autoritarismus geworden und aus der „Vaterlandsverteidigung“ wurde die Verteidigung der Westlichen Werte, das Selbstverteidigungsrecht gegen die ewige Gefahr aus dem Osten.

So schwer es wird: Dieser Modernisierung imperialistischer Politik müssen wir auch mit unserem Programm entgegenstellen.

⁸ Michael Jäger, Europa hieß mal Frieden, Freitag, 06.03.2025 S. 1

